

Positionspapier Sozialpolitik

Verabschiedet am Aktiventreffen vom 15. April 2008¹

Inhalt

1. Familienexterne Kinderbetreuung
2. Bildungspolitik - Schulsystem / -organisation
3. Integrationspolitik
4. Gutscheinsystem
5. SozialinspektorInnen

¹ Änderungen genehmigt an der Mitgliederversammlung vom 28. April 2009

1. Familienexterne Kinderbetreuung

Wir stehen ein für die freie Wahl der Kinderbetreuung. Alle Eltern sollen frei wählen können, ob sie ihr Kind ausschliesslich selber oder in Kombination mit familienexterner Betreuung betreuen wollen. Die Grünliberale Partei unterstützt jedoch aus folgenden Gründen den Ausbau der familienexternen Betreuung und somit deren Förderung durch die öffentliche Hand:

- Volkswirtschaft: Erhöhung der Erwerbsquote durch Förderung der Erwerbsarbeit von Müttern und Vätern
- Chancengleichheit: Alle Mütter und Väter sollen die Möglichkeit erhalten, nicht nur zwischen Familie und Beruf entscheiden zu müssen, sondern als weitere Alternative beide vereinen können.
- Generationen: Kinder sind unsere Zukunft. Professionelle frühkindliche Kinderbetreuung ist eine Investition, deren gesellschaftlicher Nutzen die Kosten bei weitem übertreffen.
- Integration: Die Integration ausländischer Kinder wird durch die Sozialisation und durch den frühen Kontakt mit der hiesigen Sprache in Kitas gefördert.

Das heutige Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage ist auf die Vorzugsbehandlung des beschränkten Angebotes öffentlicher subventionierter Kitas zurückzuführen. Private Anbieter werden im heutigen System entmutigt, neue Kitas aufzubauen oder bestehende Angebote auszuweiten. Durch geeignete Fördermassnahmen und verbesserte Rahmenbedingung soll das Angebot familienexterner Betreuung die bestehende und zukünftige Nachfrage decken können. Wir erwarten durch die Umsetzung unserer Forderung eine Steigerung der Effizienz der eingesetzten Mittel und somit auch eine Senkung der Kosten pro Kind.

Wir fordern folgende Massnahmen:

- Die familienexterne Kinderbetreuung in Kindertagesstätten soll allen Kindern offen stehen und ermöglicht werden. Wir unterstützen jedoch in keiner Form einen individuellen Rechtsanspruch jedes Kindes auf einen Kita-Platz, sondern ziehen eine marktwirtschaftliche Lösung zur Angleichung von Angebot und Nachfrage vor.
- Alle Kitas sollen sich selbst finanzieren und erhalten keine direkten öffentliche Subventionen mehr (keine Objektfinanzierung). Stattdessen sollen Kinder einkommensschwacher Eltern von der Stadt finanzierte Vergünstigungen erhalten, egal ob die Kita in öffentlichem oder privatem Besitz ist (Subjektfinanzierung). Damit entsteht ein Anreiz für effizienteres Management der öffentlichen Kitas und es entfällt die heutige Diskriminierung privater Kitas. Die Stadt soll zudem die Einführung von Vouchers für Kinderbetreuung prüfen.
- Die Qualitätsanforderungen an die Kitas sind hoch zu halten. Insbesondere soll mindestens eine ausgebildete Person für eine Gruppe von maximal 8-10 Kindern verantwortlich sein.
- Im Sinne einer aktiven Integrationspolitik, soll Deutsch/Mundart die Umgangssprache in den Kitas sein.
- Es ist zu prüfen inwieweit Markteintrittsschranken für neue Kita-Anbieter durch weniger strenge Auflagen an die Räumlichkeiten gesenkt werden können.
- Die Stadt soll mit Arbeitgebern und privaten Kitanbietern das Gespräch suchen, um das Angebot an Kitas auszubauen und auf die Nachfrage abzustimmen.
- Anstelle von aufwändigen Genehmigungsverfahren sollen regelmässige Inspektionen treten.

2. Bildungspolitik - Schulsystem / -organisation

Der Grundsatz der Chancengleichheit ist durchzusetzen, unabhängig des sozialen Status und der Herkunft der Kinder. Voraussetzung dazu ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Diese soll bereits in Vorkindergartenkursen für Kinder und deren Eltern angeboten werden. Ein selektives Obligatorium, analog zum Pilotprojekt im Kanton Basel-Stadt, ist für uns eine gangbare Möglichkeit.

Die laufende Einführung des Integrativen Schulsystems soll optimiert werden durch Weiterbildung des bestehenden Lehrpersonals (didaktisch-pädagogisch) und durch Anstellung von Speziallehrkräften (sozialpädagogisch), welche einander ergänzen. Es sollen nicht nur schwächere Kinder, die aus den Sonderklassen integriert werden, sondern auch überdurchschnittlich begabte Kinder aktiv gefördert werden.

Die Integration von fremdsprachigen Kindern soll unterstützt werden durch zusätzliches Angebot von Sport- und Musikklassen. Diese fördern verschiedene wichtige Elemente der Integration, wie die Teambildung, die Sozialkompetenzen und der frühe Umgang mit Leistungsdruck.

Tagesschulen sind weiterhin auszubauen, da die Nachfrage das Angebot bei weitem übersteigt. Das Raumangebot ist entsprechend zu erhöhen.

3. Integrationspolitik

Die Grünliberalen stehen für eine offene und fortschrittliche Schweiz ein. Wir begrüßen die Migration in doppelter Hinsicht: Zum einen akzeptieren wir die wirtschaftliche Notwendigkeit ausländischer Arbeitskräfte, damit die Schweiz weiter wachsen kann, und zum anderen wollen wir die humanitäre Tradition der Schweiz stärken. Die Grünliberalen verstehen die Zuwanderung als eine kulturelle Bereicherung und als Herausforderung im Sinne einer tatsächlichen Integration. Wir verschliessen uns dabei nicht vor den Schwierigkeiten, die sich aus den verschiedenen kulturellen Hintergründen für unsere Gesellschaft ergeben.

Die Grünliberalen anerkennen die in vielen Bereichen fortschrittliche Integrationspolitik der Stadt Bern. Wir fordern jedoch, dass das Leitbild zur Integrationspolitik tatsächlich umgesetzt wird. Dazu braucht es eine konzeptionelle Planung sowie einen zeitlich verbindlichen Fahrplan. Dieser Prozess soll mit der Beteiligung Aller durchgeführt werden und das Resultat muss von allen wichtigen Akteuren mitgetragen werden.

Daneben fordern wir konkrete Massnahmen in folgenden Bereichen:

- Vorschulische Deutschkurse für nicht deutschsprachige Kinder und Angebote für deren Eltern sollen prioritär angegangen werden. Dies scheint insofern wichtig, als die Qualität der Bildung sowie die Marktchancen für Schulabgänger ernsthaft gefährdet sind. Ein finanzielles Anreizsystem sowie ein selektives Obligatorium sind gangbare Wege.
- Die typischen Wohnquartiere mit einem hohen Ausländeranteil sollen durch gemeinsam erarbeitete Lösungen aufgewertet werden.
- Der Erfolg von Massnahmen bezüglich Integration soll messbar werden. Dazu sind klare Indikatoren zu definieren, Ziele zu setzen und entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Die Grünliberalen sind sich bewusst, dass die Messbarkeit integrationspolitischer Massnahmen schwierig ist; nichtsdestotrotz müssen Möglichkeiten zur Messung des Erfolgs angestrebt werden, um die Massnahmen zu legitimieren. Eine Erfolgsmessung mittels innovativer Ansätze wie beispielsweise durch das Case Management ist für die Grünliberalen vorstellbar.
- Die Stadt Bern setzt sich für einen konstruktiven Austausch mit anderen Städten und Gemeinden ein. Das Ziel dieses Dialogs muss die Erarbeitung von *best practices* in der Integrationspolitik sein.
- Stärkung der Netzwerke zwischen betroffenen Akteuren in der Migrationspolitik und insbesondere Einbezug der

ausländischen Bevölkerung in die laufenden Arbeiten und die Entscheidungsprozesse.

- Der Einbezug der Privatwirtschaft in die Integrationspolitik sollte gestärkt werden. Wenn immer privat finanzierte Initiativen möglich sind, sollen diese genutzt werden.

Die Grünliberale Partei stellt sich klar gegen eine Einbürgerung an der Urne. Einbürgerungsentscheide sollen von Personen getroffen werden, welche die entsprechenden Dossiers kennen und die Integrität der einzubürgernden Personen respektiert. Im Sinne einer ernst gemeinten Integrationspolitik setzt sich die glp für das Stimm- und Wahlrecht unserer ausländischen Miteinwohner in Gemeindeangelegenheiten ein. Dieses soll mit dem ununterbrochenen 5-jährigen Wohnsitz in der Stadt Bern erteilt werden

4. Gutscheinsystem

Die Grünliberale Partei setzt sich für grösstmögliche Wahlfreiheiten der Bürger und für die Erhöhung der Lebensqualität in allen Bereichen unserer Stadt ein.

Im Bereich der familienexternen Betreuung (FEB) sehen die Grünliberalen sowohl was die Wahlmöglichkeiten als auch was deren Qualität anbelangt Steigerungspotential. In diesem Bereich soll in Zukunft eine Subjekt- (Kind) anstelle der heutigen Objektfinanzierung eingeführt werden. Für jedes Kind erhalten Eltern Erziehungsgeld in der Form von Gutscheinen.

Kinderbetreuungsstätten werden inskünftig nicht mehr indirekt über die Steuern finanziert. Sie erhalten Kunden: Die Eltern bezahlen die in Anspruch genommenen Leistungen mit den Gutscheinen. Sie können die Gutscheine sowohl für staatliche als auch für private Einrichtungen ausgeben. Das heisst sie werden gleichgestellt. Dadurch müssen sich private Einrichtungen zukünftig nicht wie heute von Grund auf selbst finanzieren und hohe Gebühren erheben; sie werden auch für ärmere Schichten erschwinglich. Durch die Gleichbehandlung treten die Einrichtungen in Konkurrenz zueinander. Dadurch werden die Qualität der Einrichtungen sowie die Vielfalt der pädagogischen Möglichkeiten erhöht.

Die Betreuungs- und Ausbildungsanforderungen werden weiterhin vom Staat vorgegeben. Das Gutschein-System begünstigt auch die Betreuenden und Auszubildenden. Sie können in staatlichen Einrichtungen angestellt sein oder selber Unternehmer werden und ihre pädagogischen Konzepte umsetzen.

Die Einführung eines Gutscheinsystems für FEB bringt Betreuenden und Auszubildenden mehr Entfaltungsmöglichkeiten und Eltern mehr Wahlmöglichkeiten. Die Qualität der Einrichtung wird dank der Einführung von mehr Wettbewerb angehoben.

Die Grünliberalen fordern, dass sich die Stadt Bern dafür einsetzt, dass ein Pilotprojekt mit Betreuungsgutscheinen gestartet werden kann.

5. Sozialinspektoren und -inspektorinnen

Wir stehen zu einem fairen und effizienten Sozialhilfesystem. In den letzten Jahren haben die Sozialhilfefälle stark zugenommen. Um den Fortbestand unseres Sozialhilfesystems auf einem qualitativ hohen Niveau zu garantieren, befürworten wir versuchsweise die Einführung von verwaltungsexternen Sozialinspektoren und -inspektorinnen.

Folgende Ziele sollten dadurch positiv beeinflusst werden:

- Fairness: Unser Sozialsystem muss gegenüber allfälligen Missbrauchsversuchen ausreichend gewappnet sein, damit es allen Menschen die ihnen zustehenden Leistungen bieten kann. Eine strikte Kontrolle dient ebenfalls dazu, Personen mit einem legitimen Anspruch auf Sozialhilfe vor Angriffen zu schützen.
- Effizienz: Durch das Aufdecken von nicht zielkonformen Leistungen können finanzielle Mittel besser verwendet und zudem Kosten eingespart werden.
- Zukunft: Mit Hilfe einer adäquaten Kontrolle und der dadurch resultierenden Kosteneinsparungen kann der Fortbestand unseres Sozialhilfesystems, trotz konstant ansteigender Fälle, nachhaltig unterstützt werden.
- Prävention: Aufgrund einer verstärkten Überprüfung ist es durchaus vorstellbar, dass dies zu einer gewissen Abschreckung führen wird und dadurch in Zukunft weniger Missbrauchsversuche erfolgen werden.
- Unabhängigkeit: Durch die Trennung zwischen der verwaltenden Behörde und dem kontrollierenden Organ soll eine genügende Unabhängigkeit geschaffen werden, um die Effektivität der Kontrolle zu erhöhen. Deshalb fordern wir, dass die Sozialinspektoren und -inspektorinnen nicht direkt der Sozialdirektion unterstellt werden. Durch verwaltungsexterne Inspektoren wird das Vertrauen in die Sozialarbeitenden nicht untergraben"